

	Seite
<u>LITERATUR</u>	XIII
EINLEITUNG	1
A n m e r k u n g e n	6
Erster Abschnitt: <u>GRUNDLAGEN</u>	9
§ 1 <u>Historische Entwicklung des Verhältnisses</u> <u>von Leistungskosten und Gebührenhöhe</u>	10
I DIE BEMESSUNG DER GEBÜHREN IM SCHRIFTTUM	10
1) Betrachtungsweisen der Gebühren- erhebung	10
2) Die frühe Literatur der Kameralisten und Liberalisten	11
3) Die Bemessung der Gebührenhöhe in der Literatur ab 1830	12
a) Vorbemerkungen	13
b) Ausrichtung der Gebührenhöhe an den Kosten der Leistungserstellung	14
c) Orientierung der Gebührenhöhe an Wert oder Nutzen der gebühren- pflichtigen Leistung	17
d) Bemessung der Gebührenhöhe nach Grundsätzen der Steuererhebung	18
II GESETZLICHE REGELUNGEN ZUR BEMESSUNG DER GEBÜHRENHÖHE	19
1) Gebührenregelungen in Reichs- und Bundesverfassungen	20
2) Bemessungsprinzipien in den Gebührengesetzen der einzelnen deutschen Staaten	23
a) Die Regelungen in den Gesetzen zur Gebührenhöhe	23
b) Besonderheiten bei den eine Bindung an die Kosten anordnenden Vorschriften	25

	Seite
III DIE RECHTSPRECHUNG ZUR BE-	
MESSUNG DER GEBÜHREN	26
IV RESÜMEE	28
A n m e r k u n g e n	30
§ 2 <u>Die Regelungen bezüglich einer Orientie-</u>	
<u>rung der Gebührenhöhe an den Kosten der</u>	
<u>Leistungserstellung in den geltenden ge-</u>	
<u>setzlichen Vorschriften</u>	37
I ALLGEMEINE FESTSTELLUNGEN	37
1) Allgemeine und spezielle Gebühren-	
gesetze	37
2) Gestaltungsformen bei der Bindung	
der Gebührenhöhe an die Leistungs-	
kosten	38
II DIE AUSGESTALTUNG DER EINE KOSTEN-	
ORIENTIERUNG ANORDNENDEN VORSCHRIFTEN	39
1) Verknüpfung von Gesamtgebührenauf-	
kommen und Gesamtkosten für Be-	
nutzungsgebühren	39
a) Zwingende Festlegung	39
b) Festlegung als Sollvorschrift ...	40
2) Verknüpfung von Gesamtgebührenauf-	
kommen und Gesamtkosten für Ver-	
waltungsgebühren	41
3) Zusätzliche Verknüpfung von Einzel-	
gebühr und Einzelkosten	42
III RESÜMEE	43
A n m e r k u n g e n	43

§ 3 Der Stand der Diskussion zur Bindung der
Gebührenhöhe an die Kosten der Leistungs-
erbringung 47

I MEINUNGSSTAND ZU EINZELFRAGEN DER
AUSGESTALTUNG 47

- 1) Das Kostendeckungsprinzip als Kosten-
überschreitungsverbot 47
- 2) Beschränkung des Kostendeckungsprin-
zips auf Gesamtkostendeckung 49
- 3) Funktion des Kostendeckungsprinzips
als Veranschlagungsmaxime 50

II DIE DISKUSSION ZUR GENERELLEN GELTUNG
DES KOSTENDECKUNGSPRINZIPS 52

- 1) Inhalt des Begriffs Kostendeckungs-
prinzip 52
- 2) Verbindlichkeit des Kostendeckungs-
prinzips 54

III KONSEQUENZEN AUS DEM MEINUNGSSTAND
ZUM KOSTENDECKUNGSPRINZIP FÜR DEN
GANG DER UNTERSUCHUNG 55

A n m e r k u n g e n 57

Zweiter Abschnitt: DIE GENERELLE GELTUNG DES
KOSTENDECKUNGSPRINZIPS ALS
FORDERUNG DER VERFASSUNG 69

§ 4 Das Kostendeckungsprinzip als konstituie-
render Bestandteil eines verfassungsrecht-
lichen Gebührenbegriffs 70

I VORBEMERKUNGEN ZUR ARGUMENTATION MIT
DEM GEBÜHRENBEGRIFF 70

II	DIE ANERKENNUNG DER GEBÜHREN IM GRUNDGESETZ	71
III	VERFASSUNGSRANG DES KOSTENDECKUNGS- PRINZIPS ÜBER DIE AUFNAHME EINES VORKONSTITUTIONELL ALLGEMEIN ANER- KANNTEN GEBÜHRENBEGRIFFS IN DAS GRUNDGESETZ	74
IV	VERFASSUNGSRANG DES KOSTENDECKUNGS- PRINZIPS ÜBER DIE GEGENLEISTUNGS- FUNKTION DER GEBÜHR	75
	1) Verfassungsrang der Gegenleistungs- funktion	75
	2) Zusammenhang zwischen Gegenleistungs- funktion und Kostendeckungsprinzip ..	77
V	VERFASSUNGSRANG DES KOSTENDECKUNGS- PRINZIPS ALS ABGRENZUNGSMERKMAL ZWISCHEN STEUER UND GEBÜHR	80
VI	ERGEBNIS ZUM VERHÄLTNIS VON KOSTEN- DECKUNGSPRINZIP ZUM GEBÜHRENBEGRIFF ..	83
	A n m e r k u n g e n	83
§ 5	<u>Das Kostendeckungsprinzip als Ausfluß des Grundrechtsschutzes</u>	94
I	DAS KOSTENDECKUNGSPRINZIP ALS BESTAND- TEIL DES GRUNDRECHTLICH GARANTierten FREIHEITSRAUMS	94
	1) Vorbemerkungen zur Gebührenerhebung als Grundrechtseingriff	95

a) Prinzipielle Meßbarkeit der Gebührenerhebung an den Freiheitsgrundrechten	95
b) Die Gebührenerhebung als Grundrechtseingriff unter zwei unterschiedlichen Aspekten	96
2) Die Vereinbarkeit von gewinnerzielenden Gebühren mit Art. 14 GG unter dem Aspekt der Belastung mit einer Geldleistungspflicht	97
a) Die Einschlägigkeit des Art. 14 GG bei der Auferlegung von Geldleistungspflichten	97
b) Art. 14 GG und die Kostengrenze bei der Gebührenerhebung	99
c) Exkurs: Der Versuch WENDTs einer Ableitung des Kostendeckungsprinzips aus Art. 14 GG ...	101
3) Die Vereinbarkeit gewinnerzielender Gebühren mit Art. 2 I GG unter dem Aspekt der Belastung mit einer Geldleistungspflicht	104
a) Systematik des Art. 2 I GG und Gebührenerhebung	105
b) Ziele der Gebührenerhebung	107
c) Die Bedeutung von Grundsatz der Geeignetheit und Übermaßverbot bei der Gebührenerhebung	108
d) Der Gesichtspunkt der Erzielung fungibler Einnahmen im Rahmen einer Verhältnismäßigkeitsprüfung des mit der Gebührenerhebung verbundenen Grundrechtseingriffs.	110
e) Die Bedeutung des interventionistischen Gesichtspunkts der Nachfrageverringerung im Rahmen einer Verhältnismäßigkeitsprüfung des mit der Gebührenerhebung verbundenen Grundrechtseingriffs	111
4) Die Bedeutung eines Teilergebnisses	114

5) Die Vereinbarkeit von gewinnerzielenden Gebühren mit den Freiheitsgrundrechten unter dem Aspekt der Verknüpfung von Grundrechtsausübung und Gebührenpflicht	116
a) Tangieren des Schutzbereichs ...	116
b) Schrankensystematik	118
6) Ergebnis zu den Freiheitsgrundrechten	121
II KOSTENDECKUNGSPRINZIP UND ART. 3 I GG	121
1) Gebührenmaßstäbe und Kostendeckungsprinzip	121
2) Die Erhebung überschußerzielender Gebühren als Heranziehung zur Aufbringung fungibler Mittel	122
III ERGEBNIS ZUM VERHÄLTNIS VOM KOSTENDECKUNGSPRINZIP ZU DEN GRUNDRECHTEN	126
A n m e r k u n g e n ...	126
§ 6 <u>Die generelle Geltung des Kostendeckungsprinzips als Ausfluß der verfassungsrechtlichen Kompetenzregelungen</u>	139
I DIE INTERNEN GRENZEN DER GEBÜHRENKOMPETENZEN	139
1) Erscheinungsformen von Gebührenregelungen	139
a) Gebührenregelungen als Kombination unterschiedlicher Normen ...	139
b) Kompetenzrechtliche Gleichartigkeit der unterschiedlichen Regulationsformen	141
2) Interne kompetenzrechtliche Grenzen für auf Bundesgesetzen beruhende Gebührenregelungen	144

	Seite
a) Ansätze zur Herleitung der Bundeskompetenz zur Gebührengesetzgebung	144
b) Die Bedeutung der Zugehörigkeit von Gebührenregelungen zum Verwaltungsverfahren	146
c) Der Sachzusammenhang als Grenze der (Annex-)Gebührenkompetenzen des Bundes	148
d) Der Zweck der Gebührenerhebung als Indiz für den Sachzusammenhang	151
3) Interne kompetenzrechtliche Grenzen für auf Landesgesetzen beruhende Gebührenregelungen	155
a) Interne kompetenzrechtliche Grenzen und Kostendeckungsprinzip im Bereich ausschließlicher Sachregelungskompetenzen der Länder ...	155
b) Interne kompetenzrechtliche Grenzen und Kostendeckungsprinzip für auf Landesgesetzen beruhende Gebührenregelungen im Bereich einer zu den Gegenständen der Art. 74, 75 GG gehörenden Sachregelung ...	158
c) Interne kompetenzrechtliche Grenzen und Kostendeckungsprinzip im Bereich ausschließlicher Sachregelungskompetenz des Bundes	160
4) Ergebnis zu den internen Grenzen der Gebührenkompetenzen	163
 II DIE GENERELLE GELTUNG DES KOSTENDECKUNGSPRINZIPS BEI DER GEBÜHREN-ERHEBUNG ALS FOLGE EINES FUNKTIONS- VORBEHALTS DER STEUER ZUR ER- ZIELUNG FUNGIBLER EINNAHMEN	164
1) Der steuerliche Funktionsvorbehalt zur Erzielung fungibler Einnahmen ..	165

a) Generelle Erfordernisse bei der Erzielung fungibler Einnahmen ...	165
b) Die Erhebung nichtsteuerlicher Abgaben zur Erzielung fungibler Einnahmen	167
2) Als Folge von Lenkungsmaßnahmen erzielte fungible Einnahmen	169
III ERGEBNIS ZUM ZWEITEN ABSCHNITT	171
1) Generelle Geltung des Kostendeckungsprinzips	171
2) Zulässigkeit der Betrachtung des Kostendeckungsprinzips als Veranschlagungsmaxime	171
A n m e r k u n g e n	172
Dritter Abschnitt: <u>DAS VERHÄLTNISS ZWISCHEN DEN KOSTEN DER EINZELNEN GEBÜHRENPFLICHTIGEN LEISTUNGEN UND DER HÖHE DER BETREFFENDEN EINZELNEN GEBÜHR</u>	185

§ 7 <u>Einführung in die Problematik</u>	186
I DIE ABGRENZUNG DER IN EINEM GESAMT-KOSTENDECKUNGSSYSTEM ZUSAMMENGEFASSTEN GEBÜHRENPFLICHTIGEN LEISTUNGEN IN LITERATUR UND RECHTSPRECHUNG	187
1) Methodische Ansätze zur gegenständlichen Abgrenzung	187
2) Die gegenständliche Abgrenzung in der Rechtsprechung	189
3) Das Problem der räumlichen Abgrenzung.	190

II	KONSTELLATIONEN EINER DIVERGENZ ZWISCHEN EINZELGEBÜHR UND EINZEL- KOSTEN BEI DER GESAMTKOSTENDECKUNG ..	191
III	MIT EINER KOSTENORIENTIERUNG DER EINZELGEBÜHREN VEREINBARE DIVERGENZEN ZWISCHEN EINZELGEBÜHR UND EFFEKTIVEN KOSTEN DER BETREFFENDEN EINZELLEI- STUNG	194
	A n m e r k u n g e n ...	196
§ 8	<u>Eingrenzung der Problematik durch Übertra- gung der Argumentation aus dem zweiten Ab- schnitt</u>	201
I	ARGUMENTATION MIT DEM GEBÜHRENBEGRIFF UND MIT DEN FREIHEITSRECHTEN IN BE- ZUG AUF EINZELKOSTENDECKUNG	201
II	ABWEICHUNG VON DER EINZELKOSTENDECKUNG ZU LENKUNGSZWECKEN	202
III	DIE ERHEBUNG HÖHERER ALS KOSTENDEK- KENDER EINZELGEBÜHREN AUS LEDIGLICH FISKALISCHEN GRÜNDEN	203
	1) Gesichtspunkte des Art. 3 I GG	203
	2) Kompetenzrechtliche Gesichtspunkte ...	204
IV	ZWISCHENERGEBNIS	207
	A n m e r k u n g e n ...	207

§ 9	<u>Abweichung von der Einzelkostendeckung bei Verteilung der Gesamtkosten nach anderen leistungsbezogenen Kriterien als der Kostenorientierung</u>	208
I	MASSGEBLICHKEIT DES ART. 3 I GG BEI DER VERTEILUNG DER GESAMTKOSTEN AUF DIE EINZELGEBÜHREN	208
1)	Erforderlichkeit eines Vergleichskriteriums	208
2)	Auswahl der Gleichbehandlungskriterien	209
II	KOMPETENZRECHTLICHE GESICHTSPUNKTE ...	211
III	ABGRENZUNG DER GEBÜHRENPFLICHTIGEN LEISTUNGEN, DIE IN EINEM GESAMTKOSTENDECKUNGSSYSTEM ZUSAMMENGEFASST WERDEN DÜRFEN	213
	A n m e r k u n g e n	214
§ 10	<u>Höhere als kostendeckende Einzelgebühren als öffentliche Sonderlasten</u>	216
I	FÄLLE EINER NACH DER BISHERIGEN ARGUMENTATION NICHT GERECHTFERTIGTEN ABWEICHUNG VON DER EINZELKOSTENDECKUNG.	216
II	EKKURS: DIE GLEICHHEITLICHE RECHTFERTIGUNG DER BEKANNTEN ÖFFENTLICHEN SONDERLASTEN	218
1)	Formen der Auferlegung öffentlicher Sonderlasten	218
a)	Allgemeine Kategorisierung	218

b) Sonderlasten in typischen partikularen zweiseitigen Umverteilungssystemen	219
c) Sonderlasten in partikularen zweiseitigen Umverteilungssystemen mit gleichzeitiger interventionistischer Belastungsfunktion	220
d) Sonderlasten außerhalb zweiseitiger Umverteilungssysteme	222
2) Gleichheitliche Rechtfertigung von Sonderlasten	223
a) Der Solidarausgleich	223
b) Allgemeine Rechtfertigung	225
III GEBÜHREN ALS SONDERLASTEN	227
IV ERGEBNIS ZUM DRITTEN ABSCHNITT	230
A n m e r k u n g e n ...	230
<u>LEITSÄTZE</u>	237